

Bern, 25. März 2020  
Thomas Jordan

---

## Einleitende Bemerkungen von Thomas Jordan

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte zuallererst im Namen der gesamten Nationalbank allen vom Coronavirus direkt Betroffenen unser Mitgefühl ausdrücken.

Gesellschaft und Wirtschaft in der Schweiz stehen vor enormen Herausforderungen. Die Nationalbank arbeitet in der Bewältigung dieser Krise eng mit dem Bundesrat, den Behörden und der Wirtschaft zusammen. Die Massnahmen der SNB ergänzen diejenigen des Bundes und tragen dazu bei, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Die Geldpolitik wirkt komplementär zu den verschiedenen Fiskalmassnahmen der öffentlichen Hand.

Die Nationalbank schafft neu die sogenannte SNB-COVID-19-Refinanzierungsfazilität, kurz CRF. Dieses Instrument zielt darauf ab, die Kreditversorgung der Schweizer Wirtschaft zu stärken, indem das Bankensystem mit zusätzlicher Liquidität versorgt wird. Die CRF ist betragsmässig unlimitiert, und Bezüge können jederzeit getätigt werden. Sie ist ab dem 26. März 2020 verfügbar.

Die CRF wirkt zusammen mit den Bürgschaften des Bundes für Unternehmenskredite. Die Fazilität erlaubt es den Banken, gegen Hinterlegung der vom Bund garantierten Kredite Liquidität bei der Nationalbank zu beziehen. Wir ermöglichen dadurch den Banken, dass sie über die notwendige Liquidität verfügen, um ihre Kreditvergabe rasch und in grossem Umfang auszudehnen. Der Zins für diese Refinanzierungsgeschäfte entspricht dem SNB-Leitzins, also zurzeit  $-0,75\%$ . Bei Bedarf kann die Nationalbank im Rahmen der CRF dem Bankensystem auch über zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte weitere Liquidität zuführen.

Diese neue Refinanzierungsfazilität der Nationalbank und die Garantie des Bundes für Unternehmenskredite wirken ergänzend. Wie funktioniert dieser Ansatz?

## Mediengespräch

In einer angespannten Situation wie der heutigen erhöht sich das Ausfallrisiko von Unternehmenskrediten. Gleichzeitig streben die Banken eine höhere Liquiditätshaltung an. Beides zusammen kann zu einer Verknappung bei der Kreditversorgung führen, obwohl der Bedarf an Krediten stark ansteigt. Mit der Verbürgung der Kredite durch den Bund und der Refinanzierung durch die Nationalbank kann diese Blockade gebrochen werden. Weil die Banken über alle nötigen Kundenbeziehungen verfügen, kommen die Kredite zu den richtigen Unternehmen. Der Ansatz ist einfach, wirksam und nutzt die bestehenden Strukturen.

Die Kreditvergabe der Banken spielt für die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz speziell über die nächsten Wochen und Monate eine ganz zentrale Rolle. Die neue CRF hilft den Banken bei dieser Aufgabe, genauso wie die Erhöhung des Freibetrags beim Negativzins, die wir bereits letzte Woche kommuniziert haben.

Ausserdem haben wir dem Bundesrat nach Anhörung der FINMA beantragt, den antizyklischen Kapitalpuffer für Hypotheken von Wohnliegenschaften zu deaktivieren. All diese Massnahmen wirken zusammen, um den Banken den grösstmöglichen Spielraum bei der Kreditvergabe zu gewähren.

Da die Ungleichgewichte am Schweizer Hypothekar- und Immobilienmarkt zurzeit immer noch bestehen, ist es wichtig, dass die Banken die Risiken bei der Hypothekarkreditvergabe angemessen berücksichtigen. Wir sind überzeugt, dass sich die Banken dieser Risiken bewusst sind. Wir sind auch überzeugt, dass die Banken den erhaltenen Spielraum beim Kapital nicht für Dividenden oder Aktienrückkaufe einsetzen, sondern für die Wahrnehmung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe.

Neben der Erleichterung der Kreditvergabe trägt die Nationalbank mit ihrer expansiven Geldpolitik zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation bei. Um angemessene monetäre Rahmenbedingungen zu gewährleisten, müssen wir dem erhöhten Aufwertungsdruck auf den Franken entgegenwirken. Deshalb haben wir entschieden, das bestehende und bewährte Instrument der Devisenmarktinterventionen verstärkt einzusetzen, um Schaden von der Schweizer Wirtschaft abzuwenden.

Meine Damen und Herren, die Nationalbank setzt im Rahmen ihres Mandats alles daran, gemeinsam mit dem Bundesrat und den Behörden die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Krise für die Bevölkerung und die Unternehmen möglichst abzufedern.